

Ein Holzbau für 800 Personen

In Solothurn ist ein zentraler Verwaltungsneubau geplant. Das Projekt nimmt Formen an.

Raphael Karpf

Solothurn ist nicht nur Kantons- hauptstadt, sondern auch ein zentraler Ort für die kantonale Verwaltung. Alle fünf Regierungs- rätinnen und Regierungs- räte arbeiten in Solothurn, zu- dem 1800 der rund 2500 Kanton- angestellten.

So zentral die Verwaltung also eigentlich angesiedelt wäre, so verzettelt sind die einzelnen Ämter in der Stadt. In 27 verschiedenen Liegenschaften sind sie untergebracht, für 14 davon bezahlt der Kanton Miete. Dabei verfolgt der Kanton eigentlich die Strategie «Eigentum vor Miete». Die Idee: Um Mietkosten zu sparen, sollen möglichst viele Angestellte in kantonseigenen Gebäuden arbeiten.

Dazu ein paar Zahlen: Zuletzt stand ein zentraler Verwaltungsneubau in den 1980er- Jahren im Raum, wurde allerdings an der Urne abgelehnt. Seither summieren sich die Mietkosten für den Kanton auf über 200 Millionen Franken. Aktuell bezahlt der Kanton 6,5 Millionen Franken Miete pro Jahr in der Stadt Solothurn.

Ein neuer Anlauf nach 45 Jahren

Das alles soll sich ändern. Nach 45 Jahren unternimmt der Kanton einen neuen Anlauf für ein zentrales Verwaltungsgebäude. Nördlich vom Rötihof, welcher heute vom Bau- und Justiz- departement genutzt wird, ist entlang der Werkhofstrasse ein grosser Erweiterungsbau geplant. Zwei kantonseigene Gebäude, die aktuell dort stehen, sollen dafür abgerissen werden.

Vor einem Jahr lancierte der Kanton einen Architekturwettbewerb, diesen Freitag nun stellen Baudirektorin Sandra Kolly und Kantonsbaumeister Guido Keune das Siegerprojekt vor.

In die Kränze kommt das Projekt «dürön» des Zürcher Architekturbüros Hildebrand Studios AG. Das Projekt sieht



Das Siegerprojekt. Rechts am Bildrand der heutige Rötihof.

Visualisierung: zvg

einen viergeschossigen Holz- skelettbau vor, bestehend aus zwei Trakten, verbunden durch einen zentralen Lichthof.

Eine «Dienstleistungs- Mall» ist geplant

Als Vorgabe gab der Kanton mit, dass sich die Architekturbüros an der Idee einer Shopping-Mall orientieren sollten. Während ein Einkaufszentrum verschiedene Läden hat, beherbergt der Verwaltungsneubau unterschiedliche Arbeitsstellen mit verschiedenen Dienstleistungen und Kulturen. Und doch haben sie eines gemeinsam, sie bilden die Verwaltung des Kantons.

Es gebe also durchaus Parallelen zu einer Shopping-Mall, so Kantonsbaumeister Guido Keune. «Auch wenn hier keine Rolexuhren oder Gucci-Taschen, sondern IDs, Pässe oder Verfügungen ausgestellt werden.»

Das Siegerprojekt setze nun den Gedanken der «Dienstleistungs-Mall» am prägnantesten um, so Keune. Der Lichthof wird zum Aufenthaltsbereich, von wo aus sämtliche Schalterzonen zugänglich sind. In den oberen Stockwerken sind dann Büroräume geplant. Keune: «Es entsteht das Bild eines einladenden, ausdruckstarken Gebäudes.»

Die Geschossfläche beträgt fast 38'000 Quadratmeter, wobei etwas mehr als die Hälfte



Baudirektorin Sandra Kolly (2. v.l.) mit Kantonsbaumeister Guido Keune (rechts), zusammen mit den Architekten des Gewinnerbüros Hildebrand Studios AG.

Bild: Bruno Kissling

unterirdisch realisiert werden soll. Für ein Parkhaus sowie für das Staatsarchiv. Auch dieses soll also in den Rötihof gezügelt werden, nachdem klar wurde, dass es nicht im Kapuzinerkloster untergebracht werden darf.

Ein prägnanter Baum wird erhalten

Ein wichtiges Kriterium für den Bau war unter anderem die Nachhaltigkeit. Nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein ökologischer und energetischer Leuchtturm solle das Gebäude werden, so Baudirektorin Kolly. Die geltenden Energie-Standards könnten gut erfüllt werden, ist im Projektbericht nachzulesen. Geplant sind eine Erdwärmesonde, die Nutzung von

Regenwasser für die Bewässerung, Spülung und Reinigung, auf dem Dach soll zudem eine 1000 Quadratmeter grosse Solaranlage installiert werden.

Und während für den Bau diverse Bäume gefällt (und anschliessend neue gepflanzt) werden müssten: Ein ganz prägnanter Baum, eine riesige Blutbuche, soll erhalten bleiben, das Gebäude wird extra darum herumgebaut.

Viele Details noch ungeklärt

Obwohl das Siegerprojekt nun feststeht: Allzu viel Konkretes lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch gar nicht sagen. Etwa, was alles im Gebäude der- einst untergebracht werden soll.

Oder wie viel das Ganze überhaupt kosten soll. Weniger als 200 Millionen Franken war die einzige konkrete Aussage, die gemacht werden konnte.

Denn zuerst überprüft der Kanton das Potenzial der kantonseigenen Liegenschaften. Gibt es dort, mit Homeoffice und geteilten Arbeitsplätzen, allenfalls noch Verdichtungspotenzial? Erst wenn dies geklärt ist, wird das Projekt vom Kanton weiter vorangetrieben. Dann soll auch klar sein, wie viele Arbeitsplätze effektiv im neuen Rötihof geschaffen werden sollen.

Die Rede ist aktuell von 800 Arbeitsplätzen und rund 30 Arbeitsstellen, die in den Rötihof gezügelt werden sollen. Sämtliche Mietliegenschaften in Solothurn sowie das Staatsarchiv sollen aufgegeben werden, mit einer Ausnahme: Die Kantonspolizei soll weiterhin in der Mietliegenschaft Schanzmühle bleiben. In frühestens etwa drei Jahren könnte das konkretisierte Projekt vors Volk kommen, im schnellsten Fall wäre mit einem Bezug in rund etwa zehn Jahren zu rechnen.

Das Siegerprojekt sowie alle anderen Wettbewerbsprojekte sind vom 17. bis 21. Mai jeweils von 15 bis 19 Uhr im Palais Besenval in Solothurn öffentlich ausgestellt.

Gewalt gegen Frauen: Grüne wollen Auskunft

Daniela Deck

Vorstösse Ausgehend von der Tötung einer Frau Anfang Februar in Schönenwerd, macht die Grünen-Kantonsrätin Marlene Fischer sogenannte Femizide zum Thema. Im ersten Vorstoss, der in der neuen Legislaturperiode eingereicht wurde, beklagt die Oltnerin, dass «Femizid» sich in der Schweiz bisher nicht als politischer Begriff etabliert habe. Das Wort steht für Tötungsdelikte in bestehenden oder beendeten Beziehungen, die von Männern an Frauen verübt werden.

Alle zwei Wochen, so rechnet Fischer vor, werde in der Schweiz eine Frau von ihrem (Ex-)Partner, Bruder oder Sohn getötet. Sie ist überzeugt: «Solche Taten sind keine Einzelfälle oder «Beziehungsdramen», sondern Resultat von struktureller Gewalt, deren Ausgangspunkt in den patriarchalen Machtverhältnissen unserer Gesellschaft liegt.»

Nun will sie vom Regierungsrat wissen, ob «Femizid» im Kanton als Begriff verwendet wird, wie viele Fälle es in den letzten Jahren gegeben hat, welche Massnahmen die Regierung als sinnvoll ansieht, um dem Problem zu begegnen, und wie es mit der Prävention aussieht.

Zwang mit der Chemiekeule

Doppelt genäht hält besser, hat sich Fischer offenbar gesagt und gleich eine zweite Kleine Anfrage zu einem ähnlichen Thema eingereicht: chemische Unterwerfung. Dabei handelt es sich um Substanzen, die einer Person mit dem Ziel verabreicht werden, deren Bewusstsein, Entscheidungsfähigkeit oder Wehrhaftigkeit zu schwächen oder auszuschalten. Besonders bei Sexualdelikten spielen psychoaktive Substanzen eine Rolle.

Fischer will wissen, wie verbreitet K.-o.-Tropfen und Co. im Kanton Solothurn sind, was über derartige Delikte, Opfer und Täter bekannt ist und welchen Einfluss die Regierung auf Jugendschutz und Nachtleben sieht. Weiter fragt die Kantonsrätin nach Präventionsangeboten für die Bevölkerung und nach Weiterbildungen für Gesundheitspersonal und Polizei.

«Schwankungen sind normal»

So steht es um die Finanzen von Pro Natura Solothurn.

Sophie Deck

Sieht man sich den Geschäftsbericht von Pro Natura Solothurn an, ist die Jahresrechnung 2024 überraschend: Unter dem Strich war ein Minus von 160'000 Franken budgetiert. Effektiv schliesst das Geschäftsjahr aber mit einem deutlich tieferen Minus von 23'000 Franken. Für 2025 ist wiederum ein Plus von 37'000 Franken budgetiert. Warum weicht die Rechnung 2024 so stark vom Budget ab? Und bedeutet das Minus des vergangenen Jahres, dass es um die Finanzen von Pro Natura Solothurn nicht gut steht?

«Das ist kein Problem», sagt Silvia Fröhlicher, Co-Präsidentin von Pro Natura Solothurn. «Wir wirtschaften gut und vor-

ausschauend.» Für die Abweichung vom Budget gebe es eine einfache Erklärung: «Viele unserer Einnahmen kommen von Spenden, vor allem von Mitgliedern. Das ist ein Posten, der schwer zu budgetieren ist», erklärt Fröhlicher. Manchmal erhalte man unerwartet eine grosse Spende, zum Beispiel aus einer Erbschaft.

Ausserdem gebe es meist einen Anstieg an Spenden, wenn Pro Natura Schweiz Werbekampagnen in den Kantonen mache. Im Verlauf des Jahres 2024 gab es eine solche auch im Kanton Solothurn. «Dabei sind Studierende in Olten von Tür zu Tür gegangen. Dadurch haben wir Mitglieder gewonnen», sagt Fröhlicher. Nicht alle Neumitglieder bleiben in den darauffol-

genden Jahren dabei, im Groszen und Ganzen würden die Mitgliederzahlen aber steigen.

Schwankungen wegen Projekten

Auch die Schwankungen zwischen den Jahren bereiten der Co-Präsidentin keine Sorgen: «Solche Schwankungen sind für uns normal», sagt sie. Das habe mit Projekten zu tun, die in einem Jahr angefangen werden und sich über mehrere Jahre hinziehen. «Anfangs muss man eben investieren», sagt sie. In manchen Jahren werde in mehr Projekte investiert, in anderen Jahren in weniger.

So übersteigen die Einnahmen aus den Spenden manchmal die Ausgaben und manchmal auch nicht. «Es gleicht sich

«Viele unserer Einnahmen kommen von Spenden, vor allem von Mitgliedern. Das ist ein Posten, der schwer zu budgetieren ist.»



Silvia Fröhlicher
Co-Präsidentin von Pro Natura Solothurn

aber unter dem Strich etwa aus», sagt Fröhlicher. Ein Beispiel dafür sei der Bio-Hof Waldenstein in Beinwil, den Pro Natura Solothurn vor zwei Jahren zusammen mit Pro Natura Baselland und dem Zentralvorstand Schweiz gekauft hat. Dieser wird von einem Pächterpaar betrieben und muss momentan renoviert werden. 2025 werden dort allerdings weniger hohe Kosten anfallen als noch im vergangenen Jahr.

Aus diesem Grund ist Fröhlicher zuversichtlich, dass die Rechnung 2025 nicht allzu stark vom Budget 2025 abweichen wird – jedenfalls sollte es ein Plus geben. Im Detail wird Pro Natura Solothurn das Budget 2025 an der Generalversammlung am 24. Mai besprechen.

Nachrichten

Swiss Shrimp in Konkurs

Solothurner Startup Noch im April hegte der Crevetten-Züchter Swiss Shrimp aus Rheinfelden die Hoffnung, dass ein Konkurs abgewendet werden könnte. Nun ist das Unternehmen am Ende, wie dem Aargauer Amtsblatt zu entnehmen ist. Damit endet der Traum, Crevetten vor Ort in der Schweiz zu produzieren statt von Übersee zu importieren. Lange hatte das Unternehmen, das ursprünglich in Luterbach gegründet worden war, viel Lob erhalten und schwamm auf einer Erfolgswelle. Es hatte sich auch glaubhaft gegen Greenwashing-Vorwürfen gewehrt. (dvi)